9. Zit nach §. 250 Abf. 1 St.P.D. auch die Verlesung eines Protokolls, welches in einer Civilprozeßsache über eine in derselben er-

folgte richterliche Vernehmung eines inzwischen gestorbenen Zeugen erwachsen ist, zulässig?

Vgl. Bd. 3 Nr. 117; Bd. 4 Nr. 63; Bd. 7 Nr. 49.

I. Straffenat. Urt. v. 5. Januar 1884 g. Sch. u. W.
Rep. 2996/83.

I. Schwurgericht Augsburg.

Gründe:

In der schwurgerichtlichen Verhandlung beantragte der Verteidiger des wegen Meineides angeklagten Müllers B. W. die Verlesung des Protokolles vom 17. Mai 1881 über die Vernehmung des P. Pj. — welcher nach der Angabe des in der schwurgerichtlichen Verhandlung vernommenen Zeugen L. gestorben ist — aus den Civilprozeßakten i. S. des Wirtes S. R. in S. gegen den Müller B. W. in W.; durch Gerichtsbeschluß wurde dieser Antrag verworfen unter der Ermägung, diese Verlesung sei unzulässig, „weil die Verlesung eines gerichtlichen Zeugenprotokolles auch im Falle des Todes des Zeugen nur dann statthaft erscheint, wenn die Vernehmung desselben in betreffender Untersuchungssache erfolgte und eine Ausnahme von der Regel des §. 249 St.P.O. nur in dem hier nicht gegebenen Falle der §§. 250, 255 St.P.O. statuiert ist.“ Die Revision des Angeklagten W. rügt, es sei durch diesen Gerichtsbeschluß die Verteidigung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte unzulässig beschränkt worden und sonach das erlassene Urteil gemäß §. 377 Ziff. 8 St.P.O. als auf einer Verlesung des Gesetzes, speziell des §. 250 St.P.O., beruhend anzusehen. Die Revision ist gerechtfertigt.

Das Reichsgericht erachtet auch die Verlesung eines Protokolles, welches in einer Civilprozeßsache über eine in derselben erfolgte richterliche Vernehmung eines inzwischen gestorbenen Zeugen erwachsen ist, als nach §. 250 Abs. 1 St.P.O. zulässig.

Es kann zugegeben werden, daß die Bestimmung des §. 250 Abs. 1 St.P.O. vorzugsweise die Fälle einer in der nämlichen Strafsache erfolgten früheren richterlichen Vernehmung im Auge hatte; dagegen läßt sich eine Beschränkung auf diese Fälle weder aus dem Wortlaute der Gesetzesbestimmung, noch aus der Entstehungsgeschichte derselben mit Sicherheit entnehmen, und wie diese einer ausdehnenden Auslegung nicht

entgegenstehen, sprechen andererseits innere Gründe für eine ausdehnende Auslegung.

Der Wortlaut der Bestimmung des §. 250 Abs. 1 St. P. O. enthält als einzige Beschränkung jene, daß die Vernehmung des Zeugen eine richterliche gewesen; damit ist aber nicht ausgeschlossen sowohl der Fall, daß die Vernehmung in einer anderen Strafsache, als der Fall, daß die Vernehmung in einer Civilprozeßsache erfolgt sei. Insbesondere begründen weder einzelne Ausdrücke des als Sitz der Gesetzesvorschrift zunächst in Betracht kommenden Absages 1 des §. 250 St. P. O. (wie das Wort „daß“ oder das Wort „frühere“), noch der Zusammenhang oder die Vergleichung dieser Bestimmung mit der in Abs. 2 des §. 250 enthaltenen Vorschrift oder mit §§. 249. 251. 253 a. a. O. einen zwingenden Schluß auf den Willen des Gesetzes, die in §. 250 Abs. 1 St. P. O. festgesetzte Gestattung der Verlesung auf Protokolle über eine richterliche Vernehmung in derselben Strafsache zu beschränken, und umfaßt sprachlich die richterliche Vernehmung eines Zeugen an sich ebensowohl Akte richterlicher Thätigkeit in einer Strafsache, als in einer Civilprozeßsache.

Aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ferner kann für den Willen einer Beschränkung der vorbezeichneten Art ein durchschlagender Grund nicht entnommen werden, da, soweit die Motive zu §. 250 Abs. 1 St. P. O. (§. 213 Abs. 1 des Entwurfes) die Worte enthalten „mag diese Vernehmung in der Voruntersuchung oder schon vor Erhebung der Klage (vgl. §§. 140. 141 a. a. O.) erfolgt sein“, sie allerdings von dem hauptsächlichsten Falle der Anwendung des §. 250 Abs. 1 a. a. O. — nämlich demjenigen der früheren Vernehmung in der nämlichen Strafsache — ausgehen, jedoch sonstige Fälle richterlicher Vernehmung nicht ausschließen. In der Reichsjustizkommission fanden keine Erörterungen in dieser Beziehung statt.

Für eine ausdehnende Auslegung des §. 250 Abs. 1 St. P. O. sprechen nun folgende Erwägungen. Das Gesetz geht zwar von dem Grundsatz der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit aus, jedoch nur, soweit die Durchführung dieses Grundsatzes thunlich ist und nicht andererseits den obersten Zweck einer gerechten Strafrechtspflege, Erforschung der materiellen Wahrheit, beeinträchtigt. Dieser Grundsatz läßt sich nun thatsächlich nicht verwirklichen, wenn diejenige Person, deren Vernehmung als Zeuge in Betracht käme, zur Zeit der Hauptverhandlung bereits

gestorben ist; hier würde es sich sonach um die Alternative handeln, wegen der Unmöglichkeit der mündlichen unmittelbaren Vernehmung derselben vor dem urteilenden Gerichte auf die Kenntnis dessen, was aus der Aussage dieser Person als Zeuge für die Überzeugung des urteilenden Gerichtes über eine Thatsache entnommen werden könnte, zu verzichten, oder dieselbe in einer anderen Form kennen zu lernen, die jedoch ebenfalls mit Garantien richtiger Erhebung und Wiedergabe der Aussage versehen ist. Im Interesse der Erforschung der materiellen Wahrheit konnte sich der Gesetzgeber nur für die letztere Richtung entscheiden. Entschied er sich dafür, so lag kein innerer Grund zunächst dafür vor, zwischen richterlichen Vernehmungen in der nämlichen und solchen in einer anderen Strafsache zu unterscheiden.¹ Schloß der Gesetzgeber aber die Berücksichtigung von Protokollen über richterliche Vernehmungen in einer anderen Strafsache nicht aus, so hatte er auch keine genügende Veranlassung, der Beweiswürdigung in einer Strafsache solche Protokolle zu entziehen, welche über eine richterliche Vernehmung einer Person als Zeuge in einer Civilprozesssache entstanden sind. Auch bei letzterer fehlt nicht bezüglich der förmlichen Vernehmung einer Person als Zeuge die äußere Garantie, wie bei einer richterlichen Vernehmung in einer Strafsache, und der Umstand, daß in einzelner prozeßrechtlicher Abweichungen bestehen, hindert nicht, daß darüber, worüber die Aussage einer Person als Zeuge erhoben und zu richterlichem Protokolle niedergelegt ist, in gleichem Maße die Gewähr richtiger Erhebung und Wiedergabe der Aussage besteht. Sodann kommt in Betracht, daß, wie bei Aussagen einer Person, welche der urteilende Richter unmittelbar vernommen hat, derselbe bei Würdigung des Inhaltes eines Protokolles über eine frühere Vernehmung eines Zeugen nicht an bestimmte Beweisregeln gebunden, und daß daher seiner Beurteilung im einzelnen Falle die Abwägung der Glaubwürdigkeit und Bedeutung überlassen ist, welche er einer nur durch Verlesung des Vernehmungsprotokolles ihm kundgewordenen Aussage einer Person beimessen will.

Nach dem vorstehenden ist durch den von der Revision bezeichneten Gerichtsbeschluß §. 250 Abs. 1 St.P.O. verlegt. Es ist ferner die

¹ In gleicher Weise hat ein Urteil vom 27. Oktober 1883 g. E. Rep. 2193/83 die ähnliche Bestimmung in §. 253 Abs. 1 ausgelegt. D. R.

Erheblichkeit der Aussage, deren Verlesung beantragt, jedoch vom Gerichte abgelehnt wurde, für die Entscheidung nicht ausgeschlossen.